



23.06.2010

Unsachliche Spardebatte stürzt sozial benachteiligte Menschen in Existenzangst

AWO Bundesverband kritisiert Kakophonie von Kürzungsforderungen im Sozialbereich

"Es ist unerträglich, wie die Politik derzeit sozial benachteiligte Bürger tagtäglich mit neuen Streichvorschlägen konfrontiert, die ihre Existenznöte verschlimmern und ihre Zukunftsperspektiven in Frage stellen", kritisiert der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler

Auch wenn sich die Regierungsparteien dabei ständig selbst widersprechen und nicht wenige der Sparvorschläge derart unsachlich sind, dass sie nach kurzer Zeit wieder einkassiert werden, schürt die Konzentration auf Kürzungen im Sozialbereich und bei der Arbeitsmarktpolitik doch massive Ängste der Betroffenen, warnt der AWO Bundesverband.

"Wir fordern eine Versachlichung der Spardebatte, die nicht wieder auf dem Rücken der Schwächsten unserer Gesellschaft ausgetragen werden darf", betont der AWO Bundesvorsitzende. "Viel zu viele Bürger leben jetzt schon in Armut oder sind von Armut bedroht, darunter alleine 2,4 Millionen Kinder", erklärt Stadler. "Diese Bürger haben die Finanzkrise nicht zu verantworten, und es ist unverantwortlich, wenn sie jetzt dafür zahlen sollen."

Statt einseitig den Sozialstaat in Frage zu stellen, müssen sich die Verantwortlichen auf ein sozial gerechtes und abgewogenes Gesamtkonzept verständigen. Eines muss klar sein: Gerade die Verantwortlichen und Profiteure der Finanzkrise müssen einen entscheidenden Beitrag bei der Krisenbewältigung leisten.